

**Dr. Gernot Kanduth,**

## **Die österreichische Justiz im Wandel: Herausforderungen und Perspektiven**

8. Schadenkonferenz, Velden/WS am 18. September 2025

### **Einleitung:**

Die Unabhängigkeit der Justiz ist das Herzstück jeder Demokratie. Sie schützt Rechte, begrenzt staatliche Macht und bewahrt das Vertrauen in den Rechtsstaat. Doch dieses Fundament ist weltweit zunehmend unter Druck geraten.

---

### **Teil 1: Internationale Perspektive – Rechtsstaatlichkeit unter Druck**

In demokratischen Rechtsstaaten gilt traditionell der Grundsatz, dass staatliches Handeln an das Recht gebunden ist. Doch dieses Fundament liberaler Demokratien wird zunehmend angegriffen:

- **Russland/China:** Gerichte sind reine Erfüllungsgehilfen der Politik.
- **Ungarn:** Gewaltenteilung ausgehöhlt, Verfassungsgericht beschnitten, Richterposten parteipolitisch vergeben.
- **Polen:** Politisch gesteuerte Ernennungen unter der vormaligen Regierung, duale Justiz, Trollfarmen gegen Richter:innen.
- **Italien:** Regierungschefin wirft Richter:innen politische Motive vor, beschneidet Befugnisse, spricht von „Instrumentalisierung“ durch die Opposition.
- **USA:** Donald Trump diffamiert Richter:innen und Staatsanwälte:innen, seine Anhänger:innen bedrohen Justizvertreter:innen. Elon Musk versuchte durch Geldzahlungen Einfluss auf Richterwahlen zu nehmen.
- **Mexiko:** Richterwahl durch das Volk beschlossen, Kritiker fürchten Abhängigkeit von Wahlkämpfen und Geldgebern.

**Fazit international:** Wo das Recht der Politik untergeordnet wird, sind Grund- und Menschenrechte massiv gefährdet.

---

### **Teil 2: Justizkritik in Österreich**

#### **1. „Das Recht muss der Politik folgen?“**

Eine Aussage des ehemaligen Innenministers, Herbert Kickl, stellte das Legalitätsprinzip infrage – diametral zum Grundsatz, dass die Politik dem Recht zu folgen hat.

#### **2. Politisches Störfeuer**

Öffentliche Angriffe gegen die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft schwächten das Vertrauen. Die EU-Kommission warnte vor negativen Narrativen, die Ermittlungen behindern könnten.

---

### 3. Litigation-PR

Die Debatte nach der Urteilsverkündung im Kurz-Prozess 2024 zeigte: Skandalisierungen und Medienkampagnen nach US-Vorbild untergraben Vertrauen und sollen öffentliche Meinung manipulieren.

### 4. Missstände bei Besetzungen

Die monatelange Vakanz der Präsidentenstelle am Bundesverwaltungsgericht zeigte, wie parteipolitische Erwägungen zentrale Justizfunktionen blockieren können.

### 5. EU-Perspektive

Österreich genießt zwar hohe Unabhängigkeit, doch Bedenken bleiben bestehen.

---

### Exkurs: Unabhängige staatsanwaltliche Weisungsspitze

Gerade im Lichte dieser Debatten stellt sich die Frage nach der Ausgestaltung einer unabhängigen **staatsanwaltschaftlichen Weisungsspitze**.

- **Standesvertretungen** fordern eine wirklich unabhängige Bundesstaatsanwaltschaft – ausschließlich besetzt mit Staatsanwält:innen oder Richter:innen, ohne (partei-)politische Einflussnahme.
- **Kritik am Ministerratsbeschluss Juli 2025:**
  - Wahl durch den Nationalrat → verstärkt den Anschein parteipolitischer Erwägungen.
  - Amtszeit von nur 6 Jahren → zu kurz, fördert Instabilität.
  - Dreierkollegium mit Rotationsvorsitz an der Verwaltungsspitze der Behörde → ineffizient.
  - Zusammenlegung mit Generalprokuratur → Interessenkonflikt.
- **Empfehlungen:**
  - Ernennung nur von erfahrenen Strafrichter:innen und Staatsanwält:innen.
  - Bestellung unbefristet oder für längere Dauer.
  - Monokratische Spitze für die Verwaltung der Behörde, 3-er-Senate für die inhaltliche Tätigkeit.
  - Trennung von Bundesstaatsanwaltschaft und Generalprokuratur.

**Fazit:** Die neue Struktur muss nicht nur unabhängig sein, sondern auch **ihrem Anschein nach frei von Politik wirken** – sonst ist Vertrauen verspielt.

---

### Teil 3: Justiz & Kommunikation

Über Jahrzehnte: „Never complain, never explain“.

Heute: Wandel hin zu aktiver Kommunikation – Pressesprecher:innen, Medienkompetenzstellen, Justizbildung, Social Media.

**Beispiel Jänner 2025:** Ein Freispruch in einem Strafverfahren führte zu massiven Verzerrungen online. Folge: Shitstorm und Bedrohungen gegen die Richterin.

**Fazit:** Schweigen ist keine Option. Die Justiz muss faktenbasiert sichtbar sein, um Vertrauen zu erhalten.

---

#### Teil 4: Belastung & Personalsituation

Neben politischem Druck und Kommunikationsfragen belastet auch die innere Struktur:

- **Rund 200 fehlende Richter:innen** aktuell.
- **Fallzahlen steigen** – Bsp.: +7 % Bezirksgerichten, +12 % Landesgerichten, +13 % Arbeitsrecht, +5 % Strafrecht (2024).
- **Neue Aufgaben** (Handydaten, Verteidigerkosten, Verbandsklagen) ohne zusätzliche Stellen.
- **Langzeitvergleich über die letzten 10 Jahre:** Bevölkerung +7 %, Polizei +15 %, Anwälte +19 % – Richter:innen nur +2,3 %.
- **Kostenfrage:** Eine richterliche Planstelle kostet rund 140.000 €/Jahr – sollte Rechtsstaatlichkeit das nicht wert sein?

**Fazit:** Eine chronisch überlastete Justiz gefährdet Rechtssicherheit, Wirtschaftsstandort, Vertrauen und Nachwuchsgewinnung.

---

#### Teil 5: KI & Gerichtsbarkeit

##### Chancen:

- Rechtsrecherche, Schriftsatz-Zusammenfassungen, Protokolle.
- Entscheidungsvorbereitung in Standardverfahren.
- Unterstützung im Kostenrecht.

##### Gefahren:

- Automation Bias (blindes Vertrauen in Technik).
- Halluzinationen.
- Scheinsicherheit & Intransparenz.
- Fließende Grenze: Hilfsmittel oder Entscheidungsinstanz?

##### Offene Fragen:

- Rechtsrahmen? Kennzeichnungspflicht? Transparenz der Algorithmen?
  - Wer haftet bei Fehlern?
-

**Resümee:**

Die Justiz steht weltweit und auch in Österreich unter Druck – durch politische Einflussnahme, strukturelle Engpässe, mediale Verzerrungen und neue technologische Herausforderungen. Die Unabhängigkeit der Justiz muss verteidigt, ihre personellen Grundlagen gestärkt, ihre Kommunikation modernisiert und neue Technologien verantwortungsvoll eingesetzt werden.